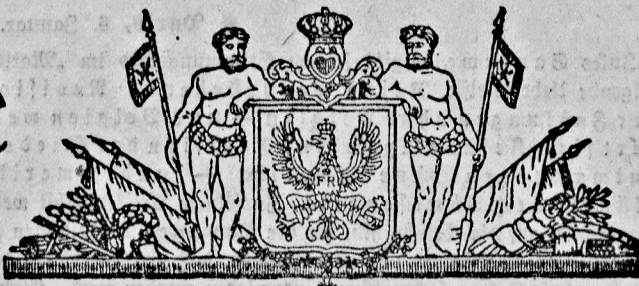


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Mit
Kurszettel

40 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Reform der Reparationszahlungen.

Englands Vorschläge.

Die Wirtschaftskonferenz — 500 Millionen für 1922 — Ausdehnung des Wiesbadener Abkommens auf England — Kontrolle der deutschen Finanzen — Erhöhung der Verkehrsgebühren und der Kohlensteuer — Erfassung der Devisen — Die Entscheidung liegt bei Belgien.

Cannes, 6. Januar. (W. L. B.)

Nach einer Havasmeldung beriet Briand gestern vormittag mit Jaspar und Theunis in der Frage der Reparationen und stattete Hayashi und dem Baron Ishii, den Delegierten Japans, einen Besuch ab. Er unterhielt sich nachmittags längere Zeit mit Lloyd George. Die beiden Ministerpräsidenten verständigten sich über die Bedingungen, unter welchen sich der Oberste Rat heute mit der Einberufung der Wirtschaftskonferenz beschäftigen wird. Sie haben ein Programm aufgestellt, das Fragen politischen Inhalts streng ausschließt. Die Arbeit der Konferenz soll ausschließlich wirtschaftlich und finanziell sein. Sie wird besonders Mittel und Wege suchen müssen, die Wechselkurse zu verbessern, eine Wiederaufnahme des Warenaustausches in die Wege zu leiten, also mit einem Wort, dem Weltmarkt größere Tätigkeit und Regelmäßigkeit zu sichern. Es ist wahrscheinlich, daß Deutschland und Rußland zu dieser Konferenz geladen werden. Die Grundlage der gestrigen unverbindlichen Vorgesprächen zwischen den Delegierten war der Vorschlag Lloyd Georges. Da Deutschland nach britischer Ansicht nicht in der Lage ist, die Verträge am 15. Januar und 15. Februar voll zu begleichen, so würde von ihm im Laufe des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 500 Millionen zahlbar in monatlichen Raten von 125 Millionen von jetzt ab bis 15. April, verlangt werden. Die Hälfte dieses Betrages würde an Belgien fallen, das ein Vorkauf auf 2 Milliarden Goldmark hat. England würde seinerseits auf nahezu den ganzen Betrag von 500 Millionen Goldmark verzichten, welche ihm zustehen, und würde nur 60—80 Millionen erhalten. Italien, welches 180 Millionen erhalten sollte, würde ebenfalls ein bedeutendes Opfer bringen müssen. Der englische Ministerpräsident hat dessen besondere Lage anerkannt.

Das Abkommen Loucheur-Rathenau würde von England angenommen und sofort für die erste Periode von 3 Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Sachlieferungen in einem Werte von mehr als 1250 Millionen Goldmark für 1922 und 1500 Millionen für 1923 und 1924 verlangen könnte. Das Finanzabkommen vom 13. August würde zu Frankreichs Gunsten geändert, besonders in der Abschätzung der Saargruben, deren Wert erst später durch die Reparationskommission in Rechnung gestellt würde. Das britische Projekt würde sich besonders auf die Zahlungen im Jahre 1922 beziehen. Es umfasse gleichzeitig ein System von Garantien zur Ordnung der deutschen Finanzen, denn das sei die Grundbedingung für jede Regelung der Reparationsfrage. Das Garantiesystem schließe insbesondere ein:

- Eine Kontrolle der Reichsbank,
- die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Eisenbahntarife, die Besteuerung der deutschen Kohle, damit sie zum Weltmarktpreis verkauft werde,
- die Einschränkung des Papiergeldumlaufs,
- die Zurückschaffung aller Devisen, die sich Deutschland durch seine Ausfuhr beschafft, nach Deutschland und ihre Verwendung für die Reparationen.

Bündnis oder Garantievertrag.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

1w London, 6. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ in Cannes erklärt, daß Briand auf seiner alten Forderung eines militärischen Bündnisses bestanden habe, aber Englands traditionelle Politik verbiete eine solche Allianz, gestatte aber dafür eine wirksame Garantieleistung für den Fall unprovokeden Angriffs. Bezüglich der gestrigen Vorgesprächen zwischen Lloyd George und Briand meint der Korrespondent, für Briand sei es schwer, auf die englischen Vorschläge einzugehen. Ein Regierungswechsel würde die Lösung des Problems vielleicht er-

leichtern. Ein Kabinett der Rechten könnte eher Zugeständnisse machen, weil es dem französischen Volk gegenüber weniger Gefahr liefe, Verbündigungen ausgeht zu werden. Für den Plan eines englisch-französischen Konsortiums zur Wiederaufrichtung Rußlands seien die Aussichten günstig.

Der „Daily Telegraph“ teilt aus Cannes mit, die Sitzung der Sachverständigen am gestrigen Nachmittag sei recht stürmisch gewesen. Es sei aufgefallen, daß Loucheur abwesend gewesen sei. Bei den Engländern herrschte der Eindruck vor, daß je früher die belgischen Ansprüche behandelt würden, es um so besser sei.

Die erste Vollsitzung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 6. Januar.

Die erste Vollsitzung des Obersten Rates hat heute früh um 11 Uhr unter dem Vorsitz Briands begonnen. Sie wird, wie Havas meldet, vollständig der Prüfung des Problems des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus Europas gewidmet sein. Jeder der Delegierten wird seine Gesichtspunkte darlegen. Die Frage der Wiedergutmachung wird nicht angeschnitten werden, da die vorbereitenden Arbeiten der Sachverständigen noch nicht genügend fortgeschritten sind. Es ist wahrscheinlich, daß die Vollsitzung den französischen, englischen, italienischen und belgischen Ministern offiziell den Auftrag geben wird, die technischen Studien fortzusetzen, die im Laufe des gestrigen Tages offiziell begonnen wurden. Man glaubt im allgemeinen, daß diese Studien im Laufe des Sonnabends beendet sein werden. (Siehe auch zweite Seite.)

Auf dem Wege zum Steuerkompromiß

Die Verhandlungen mit den Parteien.

Die Besprechungen im Reichsfinanzministerium, die dem Steuerproblem galten, sind nicht auf die regierungsfremdlichen Parteien beschränkt geblieben, sie sind auch auf die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und auf die Unabhängigen beschränkt worden. Die Bemühungen der Reichsregierung sind darauf gerichtet, vor Beginn der zweiten Lesung der Steuervorlagen im Reichstage die gegenwärtigen Forderungen der Parteien so auszugleichen, daß die Verabschiedung im Plenum möglichst rasch und ohne schwierige Kämpfe erfolgen kann. Wenn von sozialistischer Seite mit einem gewissen Nachdruck darauf hingewiesen wurde, daß der kritische Punkt in der Steuerfrage noch nicht überwunden sei, so trifft das zuweilen zu. Nach wie vor ist die Frage der Besteuerung der Sachwerte, die die wichtigste Forderung im sozialistischen Steuerprogramm ist, von den bürgerlichen Parteien aber geschlossen und entschieden abgelehnt wird, das wesentlichste Hindernis für eine Verständigung. Aber es hat doch den Anschein, daß die Aussichten auf eine Überwindung dieses Hindernisses, etwa dadurch, daß gewisse direkte Steuern etwa stärker angezogen werden, als in den Regierungsvorlagen vorgesehen war, in den letzten Tagen erheblich größer geworden sind, und daß ein Kompromiß heute für möglich, sogar für wahrscheinlich gehalten werden darf. Neben der Frage der Erfassung der Sachwerte sind noch einzelne direkte und indirekte Steuern umstritten, u. a. die Umsatzsteuer, die die Regierung mit 2 v. H. bemessen will, während nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die bürgerlichen Parteien einen geringeren Steuerfuß wünschen. Gegenüber sind auch noch vorhanden bezüglich der Form für die Besteuerung der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft erstrebt, daß der Ertragswert besteuert werde, von demokratischer und sozialistischer Seite, aber auch vom Zentrum wird die Bodenbesteuerung nach dem Kapitalwerte gefordert.

Die Verhandlungen mit den Parteien werden noch fortgesetzt werden und so groß die Schwierigkeiten auch sein mögen, man hofft doch, zu einer erträglichen gemeinsamen Plattform für die zweite Beratung der Steuervorlagen zu gelangen. Damit würde freilich nur eine Lösung des Steuerproblems erreicht sein, aber nicht eine Lösung des Finanzproblems. Man hört, daß in dem eingebrachten Etat noch wesentliche Änderungen vorgenommen werden sollen, daß starke Abstriche auf der Ausgabenseite erfolgen sollen. Noch steht nicht fest, wie hoch die Ausgaben des Reiches für das Jahr 1922 sein werden, wie viel wir für Reparationsleistungen aufwenden werden müssen; unsicher ist, wie hoch unsere Einnahmen werden sein müssen und auf schwankendem Grunde stehen die Schätzungen, ob die Erträgnisse der Steuern, die jetzt bewilligt werden sollen, ausreichen werden, um den ganzen Geldbedarf des Reiches für das Etatsjahr zu decken. So wird auch nach einem Kompromiß über die Steuervorlagen die Finanzwirtschaft der gegenwärtigen provisorischen Reichsfinanzministers doch nur einen provisorischen Charakter haben können.

Der Plan von Cannes.

Die Havasmeldung, die wir nebenstehend wiedergeben, zeichnet den Umriß des Reparationskompromisses für das Jahr 1922, auf das sich Briand und Lloyd George vorläufig anscheinend geeinigt haben. Diese Einigung ist vermutlich nicht erst in Cannes erzielt worden, sondern schon vorher in London, und über das finanzielle Hauptstück des Projekts, die Ermäßigung der deutschen Barzahlungen des laufenden Jahres auf 500 Millionen Goldmarklagen ja auch bereits unmittelbar nach der Zusammenkunft Briands und Loucheurs mit Lloyd George und Horne in der britischen Hauptstadt Nachrichten nicht amtlichen Charakters vor.

Der Bericht der offiziellen französischen Telegraphenagentur bestätigt diese ersten Meldungen und ergänzt sie nach mancher Richtung, ohne in jeder Beziehung volle Klarheit über die Absichten und die Tragweite des Planes zu schaffen. Gewisse Zweifel bleiben sowohl bei der Frage der rein finanziellen Regelung als auch bei der der „Garantiebestimmungen“ bestehen. Deutschland soll, anscheinend unabhängig von den Sachleistungen, in vier monatlichen Raten von je 125 Mill. Goldmark, die im Januar, Februar, März und April fällig werden, eine Gesamtsumme von 1/2 Milliarde Goldmark bezahlen. Ob in diesen Betrag die Eingänge aus der Importabgabe, die England zu Reparationszwecken von der Einfuhr deutscher Waren erhebt, eingerechnet werden, ist zunächst nicht ganz klar ersichtlich. Es wäre möglich, daß der Bruchteil der Gesamtsumme, den England nach der Havasmeldung sich selbst vorbehalten will, aus dieser Quelle gedeckt oder mitgedeckt werden soll.

Noch unklarer sind, wie gesagt, die Vorschriften über die finanziellen „Sicherungen“. Die „Kontrolle der Reichsbank“ ist ein sehr allgemeiner Begriff, der erst durch einen konkreten Inhalt ausgefüllt werden muß. Die Erhöhung der Eisenbahn-, Post- und Telegraphentarife steht in dem Umfange, in dem sie zur Befriedigung der Forderungen notwendig ist, auch auf dem Programm der deutschen Regierung, und man ist sich bei uns grundsätzlich darüber einig, daß eine weitere finanzielle Gefundung dieser öffentlichen Verkehrsbetriebe nicht durch neue mechanische Tarifierhöhungen, sondern nur durch innere Reorganisation und Sanierung erfolgen kann und darf. Will der Reparationsplan von Cannes ohne Rücksicht auf diese innere Sanierung und auf die deutschen Wirtschafts- und Verkehrsinteressen durch weiteres Anziehen der Preisschraube etwa Ueberflüsse aus jenen Betrieben herauswirtschaften? Oder hegen seine Verfasser, die ja angeblich auch den deutschen Kohlenpreis durch Besteuerung unmittelbar auf Weltmarkthöhe bringen wollen, den für uns sehr gefährlichen Wunsch, das Preisniveau der deutschen Wirtschaft im Interesse einer Ausgleichung der internationalen Konkurrenzverhältnisse allzu plötzlich und allzu stark emporzuheben?

Ebenso zweifelhaft und bedenklich ist die „Einschränkung des Papiergeldumlaufs“. Nach der Herstellung des finanziellen Gleichgewichts im Reichshaushalte wird es selbstverständlich unser Bestreben sein müssen, die Hochflut der Banknoten allmählich zum Abebben zu bringen. Jeder Versuch einer gewaltsamen Deflation aber wäre im Augenblicke finanzpolitisch ausfallslos und wirtschaftspolitisch schädlich und gefährlich. Selbst in den Siegerländern England und Amerika, die ihre Budgets schon kurz nach dem Kriege einigermaßen in Ordnung bringen und in Ordnung halten konnten, hat, wie in seiner letzten Denkschrift an den Völkerbund, Cassel sehr eingehend nachweist, die Deflation lähmend auf Produktion und Absatz gewirkt, und in jedem der hochvalutarischen Länder erwägen zahlreiche Wirtschaftspolitiker seit langem den Uebergang zu einer Politik gemäßigter Inflation als augenblicklichem Hilfs- oder Viderungsmittel der Krise.

Nicht bloß unklar, sondern geradezu unverständlich ist die letzte Forderung: Zurückschaffung aller Devisen, die sich Deutschland für seine Ausfuhr beschafft nach Deutschland und ihre Verwendung für die Reparationen. Auch diejenigen, die die Zuverlässigkeit der amtlichen deutschen Handelsstatistik bezweifeln, werden kaum bestreiten, daß wir mindestens den allergrößten Teil der Devisen, die wir für unsere Exporte erlösen, zur Bezahlung lebensnotwendiger Einfuhr brauchen. Deutschland kann sich vorläufig nicht aus den Ernten seiner eigenen Scholle ernähren, Deutschland ist rohstoffarm und kann die wichtigsten seiner Industrien nicht ohne Importe von Rohmaterialien betreiben, Deutschland kann ohne solche Importe auch noch nicht einmal die Sachleistungen ausführen, die man von ihm fordert. Das Verlangen der Ablieferung aller Exportdevisen für die Reparation ist wirtschaftlich vollkommen widersinnig. Man kann nur annehmen, daß hier ein Irrtum der Berichterstatter vorliegt, und daß die wirkliche Forderung ganz anders lautet.

Der Grundgedanke des Kompromisses ist der von Rathenau und auch in den Spalten dieser Zeitung immer wieder vertretene: die möglichste Zurückdrängung der Devisen- und die möglichste Ausdehnung der Sachleistungen. Das Kompromiß von Cannes bedeutet natürlich nur einen ersten Schritt auf diesem Wege; aber einen Schritt, der weitere in gleicher Richtung notwendig zur Folge haben muß. Denn wenn die Barzahlungen an alle Gläubigerländer radikal eingeschränkt werden, so ergibt sich daraus, daß diese Länder im Interesse ihrer Finanzen versuchen müssen, sich Ersatz durch Sachleistungen zu schaffen. Für Frankreich ist diese Konsequenz